



AGATA SKOWRONEK

Kurdische Flüchtlingsfamilie in Machmur*: Lebenslange Feindschaft gegen alles, was aus Ankara kommt

TÜRKEI

Vergiftete Seelen

Am 15. August 1984 begann die kurdische PKK ihren Kampf gegen die türkische Armee. 25 Jahre und 40 000 Tote später gibt es jetzt eine historische Chance, endlich Frieden zu schließen.

Bleierne Hitze liegt über dem nord-irakischen Flüchtlingslager Machmur. Ein leichter Sandsturm hat den Himmel vergraut und die Gassen leergefegt. Im kühlen Innern einer Lehmhütte sitzt eine hochgewachsene junge Kurdin mit hageren Gesichtszügen, die sich Kewzer nennt. Neben ihr hat ein ehrwürdiger Herr mit Pluderhosen und schwarzweißem Kopftuch Platz genommen. Sie schauen Satellitenfernsehen aus ihrer alten Heimat. Türkisches Fernsehen.

Zu sehen ist da, am vorigen Dienstag, der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan; es ist eine Live-Übertragung, eine Rede aus dem Parlament in Ankara. „Türken und Kurden sind Brüder“, ruft der Mann auf dem Bildschirm. „Wir wollen uns endlich versöhnen, unsere Mütter haben schon zu viele Tränen vergossen.“ Kewzer verzieht ihr Gesicht. „Nichts als Propaganda“, sagt die 28-Jährige. „Das haben wir schon zu oft gehört.“ Der alte Kurde stimmt ihr zu. „Die Türken stehen unter internationalem Druck, deswegen machen sie uns neue Versprechen. Aber sie werden sie nicht halten, sie haben Versprechen noch nie gehalten.“

* Mit Fotos der als PKK-Kämpfer gefallenen Söhne.

Für die Flüchtlinge im Nordirak, die ein Leben lang den türkischen Staat nur als Feind erlebt haben, ist kaum zu glauben, was sich in diesen Tagen im Hunderte Kilometer entfernten Ankara abzeichnet. Denn dort wird seit kurzem nicht nur über, sondern auch mit den Kurden geredet. Sogar der Staatsfeind Nummer eins, Abdullah Öcalan, Führer der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK, hat sich in einem Friedensprozess zu Wort gemeldet, der langsam an Wirksamkeit gewinnt.

Noch hat die Wende Machmur nicht erreicht, eine triste irakische Wüstenstadt zwischen Mossul und Kirkuk, die außer Bohrtürmen und Skorpionen wenig zu bieten hat. 12 000 türkische Kurden leben hier im Flüchtlingslager am Rande der Stadt. Kaum einer in Europa hat je von Machmur gehört. In der Türkei aber gilt das Camp als Schandmal – als Symbol für den jahrzehntelang ungelösten Konflikt zwischen Kurden und Türken.

Wen es hierher verschlagen hat, lebt in erbitterter Feindschaft gegen den türkischen Staat – so wie Kewzer. Vor 14 Jahren floh sie aus ihrer Heimatstadt an der türkisch-irakischen Grenze, einer Hochburg der verbotenen PKK. Panzer rollten da-

mals durch die Straßen, Soldaten stürmten in die Häuser und verhafteten Sympathisanten der Kämpfer; der Krieg zwischen der kurdischen Separatistenbewegung und der türkischen Armee, der zwischen 1984 und 2009 etwa 40 000 Todesopfer forderte, war damals auf seinem Höhepunkt angelangt. Es war jene Zeit, über die der kurdische Schriftsteller Yaşar Kemal schrieb, dass sie alle Menschlichkeit verfaulen ließ: „Unsere Seelen sind vergiftet.“

Kewzer floh mit ihrer Familie in die Kandil-Berge im Nordirak, wo türkische Kampfflieger noch bis vor wenigen Monaten kurdische Stellungen unter Beschuss genommen haben. Mehrmals mussten auch die Flüchtlingslager ihre Standorte verlegen. 1998 schließlich landete Kewzer in Machmur, das damals noch von Truppen des irakischen Diktators Saddam Hussein kontrolliert wurde.

Vertrauen schenkte sie immer nur jenem Mann, dessen Bild sie sich wie die meisten Bewohner von Machmur an die Wand gehängt hat, dessen Konterfei die Flüchtlinge an ihre Haustüren geklebt haben oder auf ihren Armbanduhren tragen:





DAVID FURST / AFP

PKK-Kämpfer im Nordirak: Kommandanten auf neuem Kurs

Abdullah Öcalan, den seine Anhänger liebevoll „Apo“ nennen.

Die unverhohlenen Sympathien für Öcalan haben dem Lager Machmur den Ruf eingebracht, eine Ausbildungsstätte für die PKK zu sein. Als Hort des Terrors bezeichnete es der türkische Geheimdienst MIT. Auf Druck der Türken durchkämmten 2007 amerikanische und irakische Sicherheitskräfte das Lager nach Waffen – ohne fündig zu werden.

„Machmur ist kein Terrorcamp, es ist ein ganz normales Flüchtlingslager, das von den Vereinten Nationen betreut wird“, sagt Barsan Saidkaka, der Bürgermeister der Stadt Machmur, ein irakischer Kurde. Doch die Solidarität der kurdischen Iraker mit den Brüdern und Schwestern aus dem Norden hat ihre Grenzen: Sie verweigern den geflohenen Türken die irakische Staatsbürgerschaft. Und um die neue Annäherung zwischen dem Irak und der Türkei nicht zu gefährden, wünschen sich die irakischen Kurden die möglichst rasche Rückkehr der Flüchtlinge in ihr Heimatland. Genau darüber wird auch in Ankara gesprochen, die Regierung bereitet einen

Plan vor, um die geflohenen Kurden sicher zurück in die Türkei zu bringen und PKK-Mitglieder, die der Gewalt abschwören, mit einer Amnestie zu belohnen.

Dass den feierlichen Versöhnungsworten von Erdogan Taten folgen könnten, mögen die Bewohner von Machmur zwar kaum glauben, aber die Zeichen für einen Kurswechsel sind so deutlich wie nie zuvor.

Schon zu Jahresanfang hatte der türkische Premier den staatlichen Fernsehsender TRT6 ins Leben gerufen, der sein Programm in kurdischer Sprache ausstrahlt. Im Februar begannen türkische Ermittler auf Betreiben der Regierung, nach den Leichen ermordeter Kurden im Südosten des Landes zu suchen; die Morde an PKK-Sympathisanten sollten, viele Jahre nach den Massakern, endlich aufgeklärt werden.

Im März machte Staatspräsident Abdullah Gül Schlagzeilen, als er während eines Fluges in den Irak das Wort „Kurdistan“ aussprach – eine Bezeichnung, mit der man in der Türkei leicht vor Gericht geraten kann. Und im Mai setzte er nach: Es gebe eine „historische Gelegenheit“, das Kurdenproblem zu lösen.

Dann, vor zwei Wochen, der vielleicht bedeutsamste Schritt: ein Treffen zwischen Erdogan und Ahmet Türk, dem Vorsitzenden der prokurdischen „Partei für eine Demokratische Gesellschaft“ (DTP). Jahrelang hatte sich Erdogan gesträubt, Politiker zu treffen, die der PKK nahestehen. „Unsere Hoffnungen auf Frieden sind durch dieses Treffen größer geworden“, sagte der Premier nach dem Gespräch.

Verhafteter Öcalan 1999
Botschaft von der Insel



Die DTP in der Öffentlichkeit zu schneiden gehörte bislang ebenso zum guten Ton in der türkischen Politik wie die eiserne Regel, Kurdenführer Öcalan nicht beim Namen zu nennen. Wenn es um den prominentesten Häftling der Türkei geht, nutzen Offizielle lieber den Namen der Gefängnisinsel Imrali vor Istanbul, wo Öcalan als Einziger einsitzt. Nachrichten aus Imrali haben unter Türken und Kurden eine besondere Sprengkraft, etwa als Gerüchte, dass der PKK-Führer gefoltert würde, noch im vorigen Jahr Zehntausende kurdische Jugendliche im Südosten auf die Straße trieben.

Die vorerst jüngste Botschaft von der Insel aber hat es in sich: In dieser Woche, so kündigten es seine Anwälte an, wolle Öcalan einen Plan zur Lösung der Kurdenfrage vorstellen. Der Zeitpunkt ist sorgfältig gewählt: 25 Jahre nach dem ersten Anschlag seiner Organisation auf türkische Militäreinrichtungen und dem Beginn des bewaffneten Kampfes habe der PKK-Führer nur noch den Wunsch, Frieden zu schließen, erklärten seine Anwälte. Auch aus den Kandil-Bergen, wo die skeptischen Flüchtlinge leben, kommen Offerten. Murat Karayilan, Kommandeur der verbliebenen rund 2500 PKK-Kämpfer, ist auf Friedenskurs eingeschwenkt. „Es ist Zeit, den Krieg zu beenden“, sagt er.

Die Bewegung, die sich in der Kurdenfrage abzeichnet, ist im gesamten politischen Spektrum der Türkei zu spüren. Ertugrul Özkök, Chefredakteur der armeefreundlichen Massenzeitung „Hürriyet“, lobte „Apos“ neue Politik als hilfreich, um den Kurdenkonflikt zu beenden. Und selbst von der Armee gibt es bislang keine Kritik am Entspannungskurs der Regierung.

Erdogans Sorge, dass ausgerechnet der Mann von Imrali ihm die Show stehlen könnte, hat wohl den letzten Ausschlag dafür gegeben, dass seine Regierung nun auf schnelle Reformen setzt.

Und die nächsten Schritte wären geradezu revolutionär für ein Land, das jahrzehntelang an der Homogenisierung seiner Bevölkerung gearbeitet hat: „Turkisierte“ Dörfer könnten ihren kurdischen Namen zurückbekommen, kurdische Sprachkurse ausgeweitet werden, und sogar der Verfassungsartikel, der alle Bürger als „Türken“ definiert, könnte geändert werden.

Widerstände gibt es dort, wo sie zu erwarten waren: bei der rechtsextremen Oppositionspartei MHP und anderen Nationalisten, die Erdogans Kurdenplan als „verräterisch“ geißeln. Und auch bei kurdischen Hardlinern, die sich nicht von alten Feindbildern trennen können. In Ankara geht die Furcht um, schon ein einziger schwerer Terroranschlag könnte die mühsam eingefädelt Annäherung sabotieren.

Sollte sich der Friedensprozess nach Öcalans Offerte jedoch durchsetzen, könnten auch die Zweifler von Machmur neues Vertrauen schöpfen. DANIEL STEINWORTH